

- TOP 0    Formalia**
- TOP 1    Bericht und Grußwort des Vorstandes**
- TOP 2    Erhalt und die Wiedereinrichtung des Förster\*innen Cafés**
- TOP 3    Grundsatzprogramm des Studierendenrates**
- TOP 4    Krank sein ist unser Recht**
- TOP 5    Mindestvertragslaufzeiten für stud. und wissenschaftl. Hilfskräfte**
- TOP 6    Bessere Arbeitsbedingungen für stud. und wissenschaftl. Hilfskräfte**
- TOP 7    Forderung nach Stellungnahme zu den Anliegen des Camps of Return**
- TOP 8    Forderung nach Dialog zu den Anliegen des Camps of Return**
- TOP 9    Universität gegen Rechtsextremismus & für Rechtsstaatlichkeit**
- TOP 10   Keine Kooperation mit Institutionen, die Menschenrechte verletzen**
- TOP 11   Erinnerung der Universität an die Beschlüsse der vergangenen  
            Vollversammlungen hinsichtlich genderneutraler Toiletten**
- TOP 12   Sonstiges**

# **Geschäftsordnung für die Vollversammlung am 09.07.2024**

Vorschlag zur Geschäftsordnung der VV:

(Vorschlag gem. § 5 Abs. 3 Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft)

## **Tagesordnung:**

Zu Beginn der Sitzung beschließt die Vollversammlung (VV) eine Geschäftsordnung.

Weiter beschließt die VV auf Vorschlag des StuRa-Präsidiums erst über die Tagesordnung und im Anschluss ein Präsidium.

Änderungen der TO sind nur zu nicht bindenden Beschlüssen möglich (§5 Abs. 3 Organisationssatzung).

## **Beschlussfähigkeit:**

Nachdem Geschäftsordnung, Tagesordnung und Präsidium beschlossen wurden, wird die Beschlussfähigkeit überprüft.

Die Vollversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 1 % der Mitglieder der Studierendenschaft anwesend sind – die Zahl wird von der WSSK festgelegt (§5 Abs. 4 OS).

Demnach ist die VV beschlussfähig, wenn mindestens 227 abstimmungsberechtigte Mitglieder der Verfassten Studierendenschaft anwesend sind (§3 Abs.1 S.1 OS).

Die Beschlussfähigkeit wird am Anfang und danach in offenkundigen Fällen auf Antrag festgestellt. Solange nach der erstmaligen Feststellung auf Beschlussfähigkeit nicht das Gegenteil festgestellt wurde, gilt die VV als beschlussfähig. Anträge auf Feststellung der Beschlussfähigkeit können nicht abgelehnt werden, es sei denn, es kam offensichtlich zu keinen nennenswerten Änderungen seit der letzten Feststellung. Darüber entscheidet das Präsidium.

Im Fall der Nicht-Beschlussfähigkeit hat die studentische Vollversammlung nur empfehlenden Charakter (§5 Abs. 4 OS).

## **Beschlussfassung:**

Die VV beschließt mit absoluter Mehrheit der Anwesenden (§5 Abs. 5 OS) in offener Abstimmung. Eine stimmgenaue Auszählung des Abstimmungsergebnisses ist dann durchzuführen, wenn das Ergebnis nicht offensichtlich ist.

## **Anträge**

Anträge werden von den Antragssteller\*innen vorgestellt. Anschließend folgt eine Generaldebatte, danach eine Änderungsantragsdebatte.

Änderungsanträge sind schriftlich beim Präsidium einzureichen. Diese können von den Antragssteller\*innen des Hauptantrags übernommen werden; sie werden damit ohne Abstimmung Teil des Hauptantrags.

Wird der Änderungsantrag nicht übernommen, wird er von den Änderungsantragssteller\*innen vorgestellt. Es kann eine Erwiderung der Hauptantragssteller\*innen erfolgen. Anschließend wird mit einfacher Mehrheit über den Änderungsantrag abgestimmt. Wird der Änderungsantrag angenommen, wird er Teil des Hauptantrags.

Wenn keine Änderungsanträge mehr vorliegen, wird über den Hauptantrag, gegebenenfalls mit den abgestimmten und/ oder übernommenen Änderungen, abgestimmt.

## **Redeleitung:**

Es wird eine quotierte Erstredner\*innenliste geführt, die Quotierung hat Vorrang.

Die Redezeit ist für jeden Redebeitrag auf maximal 1 Minute beschränkt.

Für jeden Tagesordnungspunkt wird vom Präsidium eine maximale Befassungszeit festgelegt.

### **Anträge zur Geschäftsordnung:**

Verfahrensanträge sollen durch das Heben beider Hände angezeigt werden. Dem\*Der Antragsteller\*in ist unmittelbar nach dem Ende des aktuellen Redebeitrags das Wort zu erteilen. Gibt es mehrere Verfahrensanträge zur gleichen Zeit, wird der weitestgehende Verfahrensantrag bevorzugt behandelt werden. Ansonsten sind Verfahrensanträge in der Reihenfolge abzuarbeiten, in der sie aufgerufen werden. Die Redeliste bleibt in jedem Falle unberücksichtigt, auch wenn mehrere Verfahrensanträge gleichzeitig gestellt werden. Das Präsidium kann jederzeit einen Verfahrensantrag stellen, ohne die Hände zu heben. Verfahrensanträge sind insbesondere aber nicht ausschließlich:

- „Schließung der Redeliste“
- „Ende der Debatte“ - Dieser Antrag bedarf der absoluten Mehrheit der anwesenden, stimmberechtigten Studierenden.
- „Verlängerung der Befassungszeit“
- "Verkürzung oder Verlängerung der Redezeit"

Einem Antrag zur Geschäftsordnung wird stattgegeben, sofern es keine Gegenrede gibt. Bei erfolgter Gegenrede wird über den Antrag abgestimmt. Es gibt höchstens eine Gegenrede.

GO-Anträge werden unabhängig von der Beschlussfähigkeit behandelt.

Bei Unklarheiten mit der vorliegenden Geschäftsordnung gilt die Geschäftsordnung des Studierendenrates.

## Vorstandsbericht auf der Vollversammlung

Liebe Kommiliton\*innen,

Herzlich Willkommen zur Vollversammlung auch von uns als Vorstände der Verfassten Studierendenschaft. Wir sind Lilly, Beni und Mae und Max ist heute leider nicht da. Unsere Aufgabe als Vorstand ist die Vertretung der Studi-Interessen vor der Uni, dem Studierendenwerk und anderen für unsere Belange wichtigen Akteure zum Beispiel die Stadt. Wir haben beispielsweise regelmäßige Treffen mit dem Rektorat und versuchen dort Dinge umzusetzen, wie etwa die heute resultierenden Beschlüsse der Vollversammlung.

Nun geben wir zunächst einen kurzen Bericht unserer Arbeit seit der letzten Vollversammlung. Studentisches Engagement ist meist verbunden mit häufigen Neubesetzungen aufgrund der hohen Fluktuation an Studis. So war das auch bei uns; wir wurden alle erst im Laufe des Jahres vom StuRa in das Amt gewählt und brauchten zunächst eine Einarbeitungsphase, bis wir nun eingegrooved sind.

Unsere Vorgänger\*innen organisierten gemeinsam mit der Uni in der Erstiwoche im Oktober den Markt der Möglichkeiten im SC Freiburg Stadion, auch dieses Jahr könnt ihr euch als Gruppe ab diesen Donnerstag über unsere Website anmelden um einen Stand dort zu erhalten.

Mit dem Stadttheater gibt es eine Kooperation, bei der Studis vergünstigte Tickets bekommen. Hier arbeiten wir weiter dran und informieren über unsere Kanäle.

Dank studentischer Initiative nach einer Petition, die auch als Antrag in der letztjährigen Vollversammlung behandelt wurde, kehrte das Abendessen in der Mensa Institutsviertel nach langer Coronapause zurück und kann sich seitdem halten. Yay!

Seit November haben wir uns um den neuen Wirtschaftsplan und die finanzielle Situation der VS gekümmert. Um weiterhin handlungsfähig zu sein, haben wir für die Zukunft eine Erhöhung des Semesterbeitrags von 7 auf 12 Euro im StuRa beschlossen. Die Erhöhung des Semesterbeitrags und der Wirtschaftsplan liegt derzeit noch bei der Uni.

Leider gibt es auch Themen, bei denen es schwer ist etwas zu erreichen, wie etwa das nicht vorhanden sein von All-Gender Toiletten in den allermeisten Gebäuden, wozu es letztes Jahr auch einen Antrag gab. Auch dieses Thema haben wir weiterhin auf unserer Agenda. In naher Zukunft treffen wir uns mit der UB um die Toilettensituation dort zu besprechen.

In unserem Studierendenhaus in der Belfortstraße ist sehr viel passiert. Es gab und gibt stetige Renovierungen. Das Sekki wurde renoviert und erstrahlt jetzt in neuem Glanz. Wir haben unsere Büros herausgeputzt und erhalten bald endlich die neue Schließanlage für das Gebäude.

Auch die IT Infrastruktur in der Belfortstraße sind wir angegangen. Wir sind dabei unsere Serverinfrastruktur umzustellen und stattdessen alle mit neuen Laptops aus. Eine neue Website wird bald an den Start gehen und wir möchten auch hier noch mal Janna begrüßen, unsere Person für Öffentlichkeitsarbeit.

Aus dem StuRa formten sich einige Initiativen. So unter anderem eine Taskforce die sich mit dem Recht auf Abtreibung beschäftigte und eine Gruppe, die die Beschlussvorlage zum Grundsatzprogramm erarbeitete, über die wir heute abstimmen. Eine weitere Taskforce beschäftigt sich gemeinsam mit der Uni aktuell mit der Inschrift „Dem ewigen Deutschtum“ am KGI. Ziel ist es, zu bewirken, dass dieses Erbe aus der NS-Zeit klarer eingeordnet wird und ein sichtbarer Infoschild platziert wird für mehr Kontext.

In der sogenannten Freiburger Asten Konferenz fand ein regelmäßiger Austausch mit den anderen Hochschulen statt. Dort haben wir in den letzten Monaten öfters über die erneute Kooperation mit der Stadt und der VAG bezüglich Frelö gesprochen. Wie ihr hoffentlich wisst, können Studis für 30 Minuten kostenlos Frelös nutzen für 1,50 € vom Semesterbeitrag. Nun läuft aber bald der Vertrag der Stadt mit dem Betreiber Nextbike aus und es ist sehr wahrscheinlich, dass alles teurer wird. Hier haben wir uns klar dafür eingesetzt, dass die Verkehrswende nicht auf den Schultern von Studierenden getragen wird und versuchen die Preiserhöhung möglichst gering zu halten. Bis jetzt sind wir sehr erfolgreich und konnten von angesetzten 6 Euro auf voraussichtlich 2,25 Euro runterhandeln.

Aktuell wollen wir den Austausch zwischen den Fachschaften fördern, indem wir ein Vernetzungstreffen organisieren. Ein weiteres Thema, dem wir uns künftig gemeinsam mit den anderen Hochschulen annehmen wollen ist der fatale Wohnungsmarkt in Freiburg. Hierfür suchen wir im kommenden Semester Mitstreiter\*innen.

Insgesamt blicken wir auf ein sehr ereignisreiches und erfolgreiches Jahr zurück.

Engagement an der Uni kann viel bewirken! Am Ende unserer Vorstandsberichte im StuRa weisen wir immer auf freie Stellen in den Strukturen hin. Das möchten wir auch hier machen. Folgende Referate sind derzeit noch unbesetzt und freuen sich über engagierte Referent\*innen: das autonome Referat für Studierende mit familiären Verpflichtungen, Genderreferat, Referat für Kommunikation und Wissenssicherung, Referat für Public Relations, Tierrechtsreferat, Datenschutzreferat, Referat für politische Bildung, Referat gegen Antisemitismus, hochschulpolitisches Referat, Antidiskriminierungsreferat und das Kulturreferat.

Des Weiteren sind noch zwei Plätze in der Fahrradwerkstatt offen und wir suchen weiterhin eine weitere Person für die EDV. Meldet euch gerne!

Wir wollen euch zu guter Letzt noch auf die Uniwahl aufmerksam machen. Ab Donnerstag könnt ihr für eine Woche online auf [wahl.uni-freiburg.de](http://wahl.uni-freiburg.de) eure Vertreter\*innen eures Fachs und die uniweiten studentischen Senatsmitglieder wählen, macht das unbedingt!

Nun sind wir gespannt auf die heutigen Anträge und freuen uns auf spannende Diskussionen. Wir haben einiges auf der Liste für heute und bitten euch um einen fairen Umgang mit der Redezeit und einander.

Danke für die Aufmerksamkeit, scheut euch nicht vor Fragen!

**Antragsteller\*in:**



*Förster\*innen Café*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,  
dass sie sich für den Erhalt und die Wiedereinrichtung des Förster\*innen Cafés (FöCa) einsetzt und  
aktiv bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten sowie bei den Verhandlungen mit Organen der Uni  
und zuständigen Behörden unterstützt.

**Begründung:**

Das Förster\*innen Café (FöCa) ist ein selbstverwaltetes Café an der Fakultät für Umwelt und  
Natürliche Ressourcen. Es ist das letzte seiner Art an der Uni Freiburg und soll wegen der  
Sanierungsarbeiten am Herderbau schließen. Leider wurde bisher weder von der Fakultät noch von  
dem Rektorat ein Ausweichraum geboten.

Das FöCa wird ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement und unkommerziell auf  
Spendenbasis betrieben und gilt auch in anderen Aspekten als zentraler Bestandteil des  
studentischen Engagements an der Fakultät UNR. So wird der Raum von mehreren  
Hochschulgruppen, Arbeitskreisen und Lerngruppen als Treffpunkt genutzt. Das FöCa ermöglicht  
Austausch zwischen Fachsemestern, Studiengängen, internationalen Studierenden sowie  
Mitarbeiter/innen und trägt dadurch stark zur sozialen Nachhaltigkeit und Vernetzung der Uni bei.

Zentral ist auch der Zugang zu einer Küche in welcher Studierende unabhängig von der Mensa  
Essen zubereiten können, um dort ihre Mittagspause zu verbringen.

Sowohl zahlreiche Studierende, Mitarbeiter/innen und Hochschulgruppen, aber auch das Dekanat  
und die Kanzlerin der Uni haben sich für den Erhalt des FöCas ausgesprochen. Leider wird der  
Erhalt nicht priorisiert, trotz der signifikanten Rolle, die das Förster\*innen Cafés als studentischer  
Freiraum im Uni-Alltag spielt.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise

**Antragsteller\*in:**

Vorstand
----------

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,
---------------------------------------

<i>Das Grundsatzprogramm des Studierendenrates</i>
--

- |   |
|---|
| <ol style="list-style-type: none"><li>1. 1. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, lehnen Studiengebühren in jedweder Form ab.</li><li>2. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, lehnen kostenpflichtige Aufnahmeprüfungen für Studienbewerber*innen ab.</li><li>3. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, lehnen die Anwesenheitspflicht in ihrer momentan bestehenden Form ab. Bei Veranstaltungen wie Praktika, Exkursionen und Sicherheitsbelehrungen sehen wir die Notwendigkeit der Anwesenheitspflicht (80% der Präsenzzeit), bei anderen universitären Veranstaltungen fordern wir die Aufhebung.</li><li>4. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, fordern die Achtung unserer Privatsphäre. Wir lehnen die Attestregelung unter Angaben von Krankheitssymptomen bei Prüfungsanmeldungen ab und fordern ihre Aufhebung. Kameraüberwachung lehnen wir ab.</li><li>5. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, fordern den Weiterbestand und die Verschärfung der bestehenden Zivilklausel.</li><li>6. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, lehnen den Universitätsrat in seiner momentan bestehenden Form ab. Wir fordern seine Abschaffung, bzw. eine grundlegende Umstrukturierung im Sinne einer Demokratisierung.</li><li>7. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, fordern generelle Chancengleichheit im Sinne der Vielfalt an der Universität.</li><li>8. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, fordern die Demokratisierung der universitären Gremien, beispielsweise in Form einer Viertelparität sowie durch die Trennung des Amtes des*der Rektor*in und des*der Vorsitzenden des Senats.</li><li>9. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, lehnen den kategorischen Ausschluss vorbestrafter Menschen von der Promotion ab.</li><li>10. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, fordern die (Wieder)einführung eines allgemeinpolitischen Mandats der Verfassten Studierendenschaften in Baden-Württemberg.</li><li>11. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, fordern eine Initiative zur besseren Studierbarkeit und zum Ausbau von Lernräumen.</li><li>12. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, unterstützen die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen und einer faire Beschäftigung/Bezahlung studentischer Mitarbeiter*innen und aller Mitarbeitenden der Universität.</li><li>13. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, setzen uns für die Beibehaltung sowie die Erhöhung des Studierendenvorschlagsbudgets (SVB) bzw. der Qualitätssicherungsmittel (QSM) ein.</li></ol> |
|---|

**Begründung:**

*Der Stura braucht mal wieder eine Richtung und Infos, was die Studierenden eigentlich wollen. Hier soll das neue Grundsatzprogramm helfen.*

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).



**Antragsteller\*in:**

*Richard K.*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

*Erstens:*

*dass sich der StuRa für eine Umsetzung eines „Recht auf Krank sein“ einsetzt, weil wir als Studierende unsere Rechte im Krankheitsfall nicht ausreichend anerkannt und geschützt sehen. Wir lehnen die Atestregelung unter Angaben von Krankheitssymptomen bei Prüfungsanmeldung und Pflichtveranstaltungen ab und fordern, dass auch die Symptomatik einer chronischen Krankheit als Fehlgrund anerkannt wird.*

*Zweitens:*

*dass daraus resultierend wir Studierende, vertreten durch den StuRa, eine Stellungnahme von der Universität Freiburg einfordern, wie die Universität Freiburg die aktuelle Situation von Studierenden im Krankheitsfall im Bezug der Anwesenheitspflicht bei Präsenzveranstaltungen bewertet.*

*Drittens:*

*dass der StuRa die Universität Freiburg dazu auffordert, eine für alle Studierende offene Arbeitsgruppe einzurichten, die sich für eine Verbesserung der Studienbedingungen im Krankheitsfall einsetzt.*

**Begründung:**

*Ich habe zum Wintersemester 2022/23 an der Universität Freiburg begonnen zu studieren. Hätte ich gewusst welche unzureichende Rechte mich erwarten hinsichtlich des krankheitsbedingten Fehlen bei Pflichtveranstaltungen, wäre ich doch lieber weiter berufstätig geblieben. Ich habe eine Handwerksausbildung zum Gesellen und zum Meister absolviert, in keiner dieser Ausbildungen waren meine Rechte im Krankheitsfall so ernüchternd wie hier an der Universität Freiburg.*

*Dieses Empfinden entstand bei der Teilnahme von so genannten Pflichtveranstaltungen, an denen eine Anwesenheitspflicht besteht, in der Regel betrifft dies Seminare oder Tutorate. Diese Pflicht wird, soweit mir bekannt, Fakultätsübergreifend über die zu erbringende Studienleistung realisiert, mit den allgemein bekannten 15-30% Fehltermintoleranz, die unentschuldigt sein dürfen.*

*Hier wird jedoch im Allgemeinen keine besondere Rücksicht auf den Aspekt genommen, dass Studierende auch erkrankt fehlen können.*

*In der Regel (soweit meine Erfahrungen dies zulassen) wird seitens der Dozent\*innen kein Attest für das krankheitsbedingte Fehlen bei einer Präsenzveranstaltung verlangt. Das krankheitsbedingte Fehlen wird über die Fehltermintoleranz abgedeckt. Wird die Fehltermintoleranz überschritten, bedeutet dies aktuell, dass die Anwesenheitspflicht nicht erfüllt wurde, unbeachtet der Gründe, die dazu führen. Anders als andere Gründe, die zum Fehlen führen, ist das krankheitsbedingte Fehlen jedoch nicht planbar! Somit werden fundamental unterschiedliche Gründe, die zu einem Fehlen führen, zusammen durch eine gemeinsame Fehltermintoleranz abgedeckt. Somit ist die aktuelle Umsetzung der Anwesenheitspflicht ungerecht, da sie ungenügend differenziert.*

*Daher sehe ich die Verknüpfung, die Anwesenheitspflicht durch die zu erbringende Studienleistung zu realisieren, besonders kritisch. Mit dieser undifferenzierten Fehltermintoleranz wird die Gesundheit der Student\*innen mit (oder ausschließlich) bewertet. Dies kann und muss verbessert werden, denn die Gesundheit der Student\*innen sollte für das Bestehen einer Studienleistung irrelevant sein.*

#### *Fehlende Sorgfaltspflicht der Universität Freiburg und der Lehrenden*

*Wie bereist angerissen, wird von Seiten der Dozent\*innen meist die Thematik des krankheitsbedingten Fehlens unzureichend benannt oder im schlimmsten Fall gar nicht benannt. Dies zeigt sich meist in der ersten Seminarsitzung – hier wird in der Regel nicht erläutert, wie das krankheitsbedingte Fehlen bewertet wird.*

*Ich erwarte von Lehrenden die aktive Aufklärung, wie Studierende sich im Krankheitsfall verhalten sollen. Es sollte nicht im Interesse der Dozent\*innen sein, wenn Studierende erkrankt eine Veranstaltung besuchen. Jedoch ist dieser Zustand Alltag. Ich selbst bin nun schon öfters krank in eine Veranstaltung gegangen, bei der eine Anwesenheitspflicht bestand. Dies tat ich mit dem Wissen, dass ich mich unfair meinen Mitstudierenden gegenüber verhalte. Durch die Anwesenheitspflicht habe ich mich dazu aber genötigt gefühlt. Ich möchte an dieser Stelle auch die psychische Belastung erwähnen, die mit einer nicht differenzierenden Anwesenheitspflicht einhergeht. Wenn eine Veranstaltung wöchentlich stattfindet und ich nur einmal für eine Woche krank bin, habe ich schon meine zwei Fehltermine aufgebraucht. Ich studiere von da an auf „Kante“ und darf nicht mehr fehlen.*

*Das „Erkrankt in ein Seminar gehen“ wird unter all diesen Umständen zu einem tolerierbaren Akt. Es wird legitim andere und sich selbst zu gefährden. Die Universität Freiburg nimmt nicht nur in Kauf, dass Wir Studierende erkrankt eine Veranstaltung besuchen, sie unterstützt dies durch die aktuelle Umsetzung der Anwesenheitspflicht auch noch.*

*Ich plädiere daher für eine genauere Differenzierung hinsichtlich der Gründe, die zu einem Fehlen führen. Das krankheitsbedingte Fehlen muss gesondert benannt und gewichtet werden, denn es ist schützenswert. Weiter rufe ich alle Dozierenden auf, sich aktiver mit der Sorgfaltspflicht gegenüber uns Studierenden auseinanderzusetzen. Dieser Antrag soll eine Auseinandersetzung darüber anstoßen, wie die Rechte aller Student\*innen im Krankheitsfall verbessert werden kann.*

#### **Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).

**Antragsteller\*in:**

Referentin für studentische Beschäftigte (Lena F. )

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

*das Rektorat der Universität Freiburg aufzufordern, zeitnah verbindliche Regelungen für die Umsetzung der Mindestvertragslaufzeiten für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte (SHK bzw. WHK) zu erarbeiten. Diese Regelungen sollen unter Beteiligung der Interessenvertretungen dieser Gruppen (Referat für studentische Beschäftigte, Personalrat) erarbeitet werden.*

*Darin soll insbesondere geregelt werden:*

- in welchen Fällen Ausnahmen von der Regelvertragslaufzeit zulässig sind,*
- dass Begründungen für Ausnahmen auszuformulieren und schriftlich festzuhalten sind,*
- dass Berichte über die Befristungsdauer, Befristungsgründe, die Abschlüsse und die Vergütung von SHKs und WHKs angefertigt und veröffentlicht werden.*

*Das Rektorat der Universität Freiburg außerdem aufzufordern, die explizit eingeräumten Spielräume beim Lohn für SHKs und WHKs zu nutzen. Diese Spielräume umfassen die Möglichkeit, mehr als nur den festgelegten Mindeststundenlohn zu zahlen, sowie Jahressonderzahlungen.*

**Begründung:**

*Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte (SHK bzw. WHK) leisten für Universitäten systemrelevante Arbeit. Von Tutorien zu Vorlesungen, in der Bibliothek oder im Labor - ohne sie würden die Universitäten zum Erliegen kommen.*

*Obwohl SHKs und WHKs so wichtige Arbeit verrichten, sind sie häufig prekär beschäftigt: die monatlichen Stundenzahlen entsprechen nicht dem tatsächlichen Arbeitsumfang, über Arbeitnehmerinnenrechte wird nur mangelhaft informiert und Kettenbefristungen mit kurzen Vertragslaufzeiten verstärken Abhängigkeitsverhältnisse weiter. [1]*

*In der abgelaufenen Tarifrunde wurde nun eine Mindestvertragslaufzeit von in der Regel 1 Jahr vereinbart. Diese Vereinbarungen gelten aber nicht direkt auch für SHKs und WHKs. Es liegt jetzt an der Universität Freiburg, hier transparente Regeln zu schaffen.*

*In dieser Tarifrunde wurden auch zusätzliche Spielräume geschaffen, die es Universitäten ermöglichen, die festgelegten Mindeststundenlöhne um bis zu 10% zu überschreiten. In der Stellungnahme des Senats zu den Arbeitsbedingungen studentischer und wissenschaftlicher Hilfskräfte vom 26.07.2022 [2] beansprucht die Universität für sich, die gegebenen Spielräume bereits vollumfänglich zu Gunsten zu von SHKs und WHKs zu nutzen. Diesem Anspruch muss die Universität nun Taten folgen lassen!*

*[1]: Hopp, Marvin/ Hoffmann, Ann-Kathrin/ Zielke, Aaron/ Leslie, Lukas/ Seeliger, Martin (2023): Jung, akademisch, prekär.*

*[https://gesundheit-soziales-bildung.verdi.de/++file++63fdeb2cd22a9619da193f23/download/iaw2023\\_JungAkademischPrekaer.pdf](https://gesundheit-soziales-bildung.verdi.de/++file++63fdeb2cd22a9619da193f23/download/iaw2023_JungAkademischPrekaer.pdf)*

*[2]: Stellungnahme des Senats der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zu den Arbeitsbedingungen studentischer und wissenschaftlicher Hilfskräfte*

*<https://uni-freiburg.de/zuv/wp-content/uploads/sites/17/2022/11/Stellungnahmen-des-Senats.pdf>*

## **Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).

**Antragsteller\*in:**

Referentin für studentische Beschäftigte (Lena F )

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

*das Rektorat der Universität Freiburg aufzufordern, die Arbeitsbedingungen von studentischen Hilfskräften und wissenschaftlichen Hilfskräften (SHK bzw. WHK) zu verbessern. Dies umfasst insbesondere aber nicht nur die folgenden Punkte:*

- Die Stundenumfänge von Verträgen müssen dem tatsächlichen Arbeitsaufwand entsprechen. So muss z.B. bei Tutorien genug Zeit für Vor- und Nachbereitung vorhanden sein.*
- Dauerhafte Tätigkeiten müssen durch dauerhafte Stellen vergütet werden und nicht durch Kettenbefristungen.*
- Die Universität soll sich für eine ordentliche Vertretung der SHKs und WHKs durch den Personalrat einsetzen.*

**Begründung:**

*Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte (SHK bzw. WHK) leisten für Universitäten systemrelevante Arbeit. Von Tutorien zu Vorlesungen, in der Bibliothek oder im Labor - ohne sie würden die Universitäten zum Erliegen kommen.*

*Obwohl SHKs und WHKs so wichtige Arbeit verrichten, sind sie häufig prekär beschäftigt: die monatlichen Stundenzahlen entsprechen nicht dem tatsächlichen Arbeitsumfang, über Arbeitnehmerinnenrechte wird nur mangelhaft informiert und Kettenbefristungen mit kurzen Vertragslaufzeiten verstärken Abhängigkeitsverhältnisse weiter. [1]*

*Während die durchschnittliche Gesamtbeschäftigungsdauer von SHKs und WHKs 20,2 Monate beträgt, dauern die einzelnen Verträge im Schnitt nur 6,1 Monate. Selbst wenn die Arbeitszeit erfasst wird, leisten über ein Drittel unbezahlte Überstunden; wird die Arbeitszeit nicht erfasst, sind es mehr als die Hälfte. Gleichzeitig ist die Anstellung für die meisten Hilfskräfte die wichtigste Einkommensquelle. [1]*

*Auch der Senat hat in einer Stellungnahme vom 26.07.2022 [2] gleichwertige Arbeitsbedingungen für SHKs und WHKs gefordert. Die Universität ist hier in der Pflicht, ihre Bemühungen auf der politischen Ebene fortzuführen und zu intensivieren. Einige*

*Aspekte hat die Universität Freiburg aber auch selbst in der Hand. Bei diesen kann und muss die Universität selbst für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ihrer Beschäftigten eintreten.*

*[1]: Hopp, Marvin/ Hoffmann, Ann-Kathrin/ Zielke, Aaron/ Leslie, Lukas/ Seeliger, Martin (2023): Jung, akademisch, prekär.*

*[https://gesundheit-soziales-bildung.verdi.de/++file++63fdeb2cd22a9619da193f23/download/iaw2023\\_JungAkademischPrekaer.pdf](https://gesundheit-soziales-bildung.verdi.de/++file++63fdeb2cd22a9619da193f23/download/iaw2023_JungAkademischPrekaer.pdf)*

*[2]: Stellungnahme des Senats der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zu den Arbeitsbedingungen studentischer und wissenschaftlicher Hilfskräfte*

*<https://uni-freiburg.de/zuv/wp-content/uploads/sites/17/2022/11/Stellungnahmen-des-Senats.pdf>*

## **Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).

**Antragsteller\*in:**

*Name/Fachbereich/Gruppe*  
Students for Palestine

**Antragsinhalt:**

Die Universität soll öffentlich zu den Forderungen des Camp of Return Stellung beziehen.

Die Stellungnahme muss umfassen:

- Eine Darstellung des Sachverhalts der Universität. Der Sachverhalt auch eine Darstellung vergangener Entscheidungen in Bezug auf das Thema enthalten und, soweit durch das Camp bereits Nachforschungen vorhanden sind, auf die Nachforschungen des Camps Bezug genommen werden.
- Eine Stellungnahme, ob und in welchem Umfang die Forderung angenommen werden.
- Eine Begründung, warum die einzelnen Forderungen jeweils angenommen oder abgelehnt werden. Die Begründung von angenommenen Forderungen soll auch eine Begründung des Umfangs enthalten.

**Begründung:**

Durch eine Stellungnahme sollen Studierende die Möglichkeit erhalten sich eine eigene Meinung zu den Forderungen zu machen.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).

**Antragsteller\*in:**

Name/Fachbereich/Gruppe  
Students for Palestine

**Antragsinhalt:**

Das Rektorat soll einem offenen Dialog über die Forderungen des Camp of Return führen. Dies muss in einem Rahmen geschehen, der es allen Mitgliedern der Universität ermöglicht am Gespräch teilzunehmen und sich in adäquatem Umfang an der Diskussion beteiligen zu können.

**Begründung:**

Ein Bekenntnis zum Völkerrecht und den Menschenrechten sollte sich nicht auf ein bloßes Lippenbekenntnis beschränken, sondern daraus müssen auch konkrete Konsequenzen folgen können. Kooperationen der Universität mit Institutionen, die die fundamentalen Werte der Universität in ihrer Praxis nicht teilen, müssen daher (zumindest vorübergehend) pausiert werden. Dafür braucht es ein transparentes Verfahren, in dem Studierende sich auch beteiligen können, sodass die Studierendenschaft nicht nur tatenlos zuschauen muss, wenn die Universitätsleitung untätig bleibt.

Die Diskussion soll eine Möglichkeit sein, dass ein "offener wissenschaftsbasierter Dialog" mit der Universität geführt wird, wie es sich das Rektorat bereits in eigenen Pressemitteilungen gewünscht hat.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).



**Antragsteller\*in:**

*Studis gegen Rechts*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

1. *dass die Albert-Ludwigs-Universität ein Raum frei von Rechtsextremismus wird.*
2. *dass die Universität selbst dafür Verantwortung trägt sich gegen den Rechtsextremismus zu wehren und Mitglieder der Universität vor Übergriffen zu schützen und für sie einzutreten.*
3. *dass die Uni sich aktiv für studentisches Engagement einsetzt, welches die Werte der Rechtsstaatlichkeit fördert. Dies beinhaltet dass die Uni bei ebendiesem Engagement nicht mit Exmatrikulation drohen darf.*
4. *dass die Uni dabei darauf achtet, ihr Prinzip der Unparteilichkeit nicht gegen ihre historisch begründete und aktuell relevante Verantwortung auszuspielen.*

**Begründung:**

*Unsere Universität soll (im Sinne von §1 des Hochschulrahmengesetzes (HRG)) ein Ort des Lernens sein. Dabei soll sie folgende rechtsstaatliche Werte vertreten: Diskriminierungsfreiheit, Wahrung der Menschenrechte, eine demokratische Öffentlichkeit und die gemeinsame Verantwortung und Achtung von Diversität.*

*In der aktuellen Zeit werden immer wieder die Werte unserer Uni von rechtsextremistischen Ideologien mithilfe von Fake-News und Populismus infrage gestellt. Während unsere Uni sich für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzt, sprechen rechtsextremistische Gruppen von „Remigration“ und entwickeln Massendeportationspläne. Sie schüren Hass gegen Gruppen von vulnerablen Menschen, die die Uni täglich im besonderen Maße zu unterstützen versucht.*

*Trotz des Prinzips der Unparteilichkeit von Universitäten hat die Uni die Aufgabe, sich gegen solche Bewegungen zu stellen. Allein schon im Blick auf ihre eigene und die deutsche Vergangenheit hat unsere Uni eine Verantwortung, sich gegen Faschismus zu positionieren. Dazu gehört, dass die Uni ihre Wehrhaftigkeit gegen Rechtsextremismus stärkt. Dies involviert auch die Verantwortung, wissenschaftlich geprüfte Fakten und Informationen zu verteidigen und "Fake News" sowie populistische Stimmungsmache mit unbelegten Aussagen zu widerlegen und sich dagegenzustellen.*

*Wir fordern daher, dass sich die Uni selbst für Demokratie und Menschlichkeit einsetzt und studentische Initiativen und Engagement, die sich für die universitären Werte einsetzen, unterstützt. Das bedeutet nicht nur, dass die Uni einen Raum zur Verfügung stellt, um politisches*

*Engagement und Aktivismus zu ermöglichen. Stattdessen soll sie sich aktiv um solchen Aktivismus bemühen, der die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit fördert.*

*Konkrete Beispiele dafür sind ausgebauter Bildungsarbeit und das Stärken von solidarischen Strukturen, die sich für Antidiskriminierung und die Unterstützung von Minderheiten oder benachteiligten Gesellschaftsgruppen einsetzen. Eine Atmosphäre des gleichberechtigten Miteinanders und der faktenbasierten Diskussion muss von der Universität gefördert werden.*

### **Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).

**Antragsteller\*in:**

*Students for Palestine*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

*Die Vollversammlung fordert die Universität auf, Kooperationen mit Institutionen einzustellen, denen ihrer aktuellen Form Menschenrechtsverstöße und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nachgewiesen worden sind, sowie auf Vorwürfe von Menschenrechtsverstößen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu reagieren und diese in ihre Entscheidung bezüglich Kooperationen miteinzubeziehen.*

**Begründung:**

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).

**Antragsteller\*in:**

Leo H.

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

*Die Universität dazu anzuregen, in jedem Universitätsgebäude zumindest eine geschlechtsneutrale Toilette zur Verfügung zu stellen. Dies wäre z.B. einfach möglich, indem das „Geschlechtszeichen“ gegen ein „Allgender-Zeichen“ ausgetauscht wird.*

**Begründung:**

*Da Toiletten notwendige Begleitlokale einer öffentlichen Infrastruktur sind, wird auch der Zugang und die Teilhabe am Universitätsalltag selbst eingeschränkt, wenn die Begleitlokale nicht angepasst werden. Es wäre ein konsequenter Schritt Richtung Vielfalt und Diversität, transgeschlechtlichen und abinären Menschen einen diskriminierungsfreien Zugang zu Toiletten zu ermöglichen. Andere positive Aspekte sind:*

- Inklusion und „Daseinsberechtigung“ anstelle von Ober-/Unterordnungsverhältnis*
- Schwellenarme Möglichkeit für nicht geoutete Menschen, einen neutralen Ort aufzusuchen*
- Fließender Übergang für nicht binär aussehende trans Personen*

*Auf eine E-Mail diesbezüglich vom 19.06.2024 gab es seitens der Universität (Prorektorisch Paletschek & Gleichstellungsbeauftragte Zerzog) keine Antwort. Es ist wohl einfacher, nicht hinzuschauen als die Situation zu verbessern.*

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).